

Der Bedarf an spezifischer Elternbildung wächst

Das Österreichische Institut für Familienforschung der Universität Wien hat die vom Sozialministerium geförderte Elternbildung in Österreich evaluiert

"Die Förderung und der Ausbau des Elternbildungsangebots ist eine wichtige staatliche, familienunterstützende Maßnahme. Den bestmöglichen Erfolg erzielt Elternbildung, wenn sie die aktuellen Bedürfnisse der Eltern aufgreift und die verschiedenen Zielgruppen differenziert anspricht", betont Doris Klepp, Psychologin am Österreichischen Institut für Familienforschung (ÖIF) der Universität Wien und Studienleiterin der Evaluierung der vom Sozialministerium geförderten Elternbildung in Österreich.

Die oft kostenlosen Angebote erreichen vorwiegend Eltern mit noch nicht schulpflichtigen Kindern. Einen besonderen Aufholbedarf zeigt die Evaluierung nach wie vor bei Männern, sozial benachteiligten Personen und Personen mit niedrigerem Bildungsabschluss. Um der Realität familiärer Situationen zu entsprechen, sollten spezifische Themenbereiche wie Scheidung, Stief- und Patchworkfamilien sowie Alleinerziehende stärker angeboten werden.



"Jeder fünfte Elternteil fühlt sich von der Erziehung der Kinder überfordert. Gezielt eingesetzte Elternbildung kann hier Abhilfe schaffen und die Erziehungskompetenz von Eltern stärken."
Psychologin Doris Klepp, ÖIF

Von den 3130 befragten TeilnehmerInnen an Elternbildungsveranstaltungen in ganz Österreich fühlt sich jede bzw. jeder fünfte häufig von der Erziehung der Kinder überfordert. Dies nimmt mit der Anzahl und dem steigenden Alter der Kinder zu. Besonders Alleinerziehende sowie Eltern mit Pflichtschulabschluss gelangen öfter an ihre Grenzen. Müttern wird es generell vor allem dann zuviel, wenn mehrere Ereignisse gleichzeitig aufein-

ander treffen, die gemeistert werden müssen. Die befragten Väter fühlen sich insbesondere beim Lebensbereich "Schule und Lernen" am ehesten überfordert. Für Aufgaben in diesem Bereich werden Väter vermutlich in der Familie stärker einbezogen als in anderen Bereichen, folgert Doris Klepp.

Hilfe zur Selbsthilfe durch Elternbildung

Elternbildung ist eine familienstützende Maßnahme, die Eltern bereits im Vorfeld Hilfestellung gibt. Problembereiche können dadurch frühzeitig erkannt und Beratungsstellen bei Bedarf gezielt angefragt werden.

Ein Hauptziel der Elternbildung ist es, Mütter und Väter in ihren Erziehungskompetenzen zu stärken und ihnen dadurch mehr Sicherheit und Selbstvertrauen zu geben. Elternbildung soll keine vorgefertigten Lösungen anbieten, sondern gibt im Sinne der Hilfe zur Selbsthilfe Anregungen und Informationen, die von den Eltern genutzt werden können.

Die häufigsten Gründe für Überforderung bei der Erziehung

1. Kumulation von Ereignissen
2. Geschwisterstreit
3. Trotz- oder Wutanfall
4. Aggressives Verhalten des Kindes
5. Schlafprobleme des Kindes
6. Schule und Lernen
7. Unfolgsamkeit des Kindes
8. Allen Kindern (gleichzeitig) gerecht werden
9. Kind hat Schmerzen / ist krank
10. Vereinbarkeit von Familie und Beruf

beziehungsweise

Elternbildung gibt Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch

Elternbildungsveranstaltungen bieten eine willkommene Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch mit anderen Müttern und Vätern. Knapp drei Viertel der Veranstaltungen beinhalten fachliche Inputs, rund die Hälfte Vorträge sowie Übungen. Eltern-Kind-Gruppen und Spielgruppen mit Schwerpunktsetzung werden am häufigsten angeboten, gefolgt von Geburtsvorbereitungskursen und Veranstaltungen mit dem Inhalt "Rund um das Baby". Sensiblere Themen wie Scheidung und Trennung, Gewalt- und

Bildungsabschlüsse der befragten TeilnehmerInnen (in %)			
Bildung	Frauen (n=2789)	Männer (n=267)	Gesamt
kein Abschluss und Pflichtschule	3,4	1,5	3,2
Lehre	21,9	27,0	22,3
BMS	23,3	17,2	22,8
Matura	28,5	27,3	28,4
Universität und Fachhochschule	18,5	24,3	19,0
Andere	4,4	2,6	4,3

Suchtprävention werden nur selten explizit angeboten. Aktuell wichtige Themen sind den befragten Eltern zufolge die "Entwicklungsphasen des Kindes", "Erziehungsziele und -stile" sowie "Konfliktlösung" gefolgt von "Ernährung und Gesundheit".

Die Elternbildungsveranstaltungen finden mehrheitlich wöchentlich statt und dauern zwischen einhalb und zwei Stunden. Im Regelfall werden sie abends unter der Woche abgehalten, am Wochenende gibt es kaum Veranstaltungen. Auffallend ist, dass nur bei einem verschwindenden Anteil der Veranstaltungen inhaltlich unabhängige Kinderbetreuung angeboten wird. Rund ein Viertel der Elternbildungsveranstaltungen werden kostenlos angeboten.

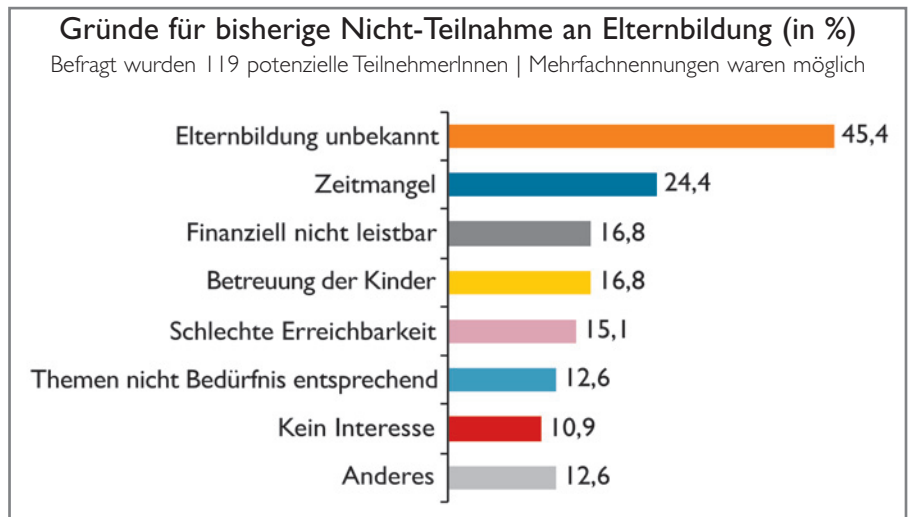
Etwas mehr als die Hälfte der Elternbildungsveranstaltungen richten sich an Eltern mit Kindern im Kindergartenalter, jede zehnte Veranstaltung an werdende Eltern. Sehr wenige Angebote gibt es

gezielt für interkulturelle Eltern, Eltern von Kindern mit Behinderungen, alleinerziehende Eltern und Großeltern.

Männer kommen meist mit Partnerin

Nach wie vor interessieren sich in erster Linie Frauen für Elternbildungsangebote, der Männeranteil beträgt 13 Prozent. Die typische Teilnehmerin ist zwischen 31 und 40 Jahren alt, höher gebildet, verheiratet und hat höchstens zwei Kinder. Während die Männer unselbstständig Vollzeit im Erwerb stehen, sind mehr als die Hälfte der Teilnehmerinnen nicht aktiv erwerbstätig. Vorwiegend Eltern mit noch nicht schulpflichtigen Kindern besuchen Elternbildungsveranstaltungen, sie stellen mit 80 % auch die größte Zielgruppe dar. Männer kommen meist gemeinsam mit ihrer Partnerin.

Informationen zu Veranstaltungen erhalten Eltern in Form von Broschüren, Handzetteln und Aushängen oder über Freunde und Verwandte. Das Internet wird nur selten als Quelle herangezogen. Das fehlende Wissen über Elternbildung ist der am häufigsten genannte Grund für die bisherige Nicht-Teilnahme an Elternbildungsveranstaltungen. Weitere Gründe sind Zeitmangel oder die Betreuung der Kinder.



Bekanntheitsgrad von Elternbildung steigern

Der Bedarf an Elternbildung ist im Steigen begriffen, daher ist ein weiterer Ausbau entsprechender Angebote erforderlich, kommt die Studie zum Schluss. Als Voraussetzung dafür muss Elternbildung bekannter gemacht werden. Auch müssen aktuelle Themen und neue familiäre Lebensformen wie

Evaluierung der vom Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz geförderten Elternbildung

Die vom Österreichischen Institut für Familienforschung (ÖIF) der Universität Wien durchgeführte Studie stellt die erste umfassende Erhebung der vom BMSG geförderten Elternbildung in Österreich dar. Im Zeitraum Juli 2004 bis Juni 2005 wurden österreichweit 1877 geförderte Elternbildungsveranstaltungen erfasst. Befragt wurden 2.853 (90,3%) weibliche Teilnehmerinnen sowie 277 (8,8%) männliche Teilnehmer.

Spitzenreiter bei der Befragung ist das Bundesland Salzburg mit einer Beteiligung von 759 TeilnehmerInnen in 81 Veranstaltungen. Schlusslicht ist das Burgenland mit 77 befragten TeilnehmerInnen in 7 Veranstaltungen.

Bei dieser repräsentativen Studie kamen sowohl quantitative als auch qualitative Erhebungsmethoden zum Einsatz. Erhoben wurden Angebot, Inanspruchnahme und Bedarf sowie das Profil der TeilnehmerInnen und der VeranstaltungsleiterInnen. Auf den Ergebnissen beruhende Empfehlungen schließen die Studie ab.

Stief- und Patchworkfamilien oder Alleinerziehende stärker bei der Zusammenstellung des Angebots der Elternbildungsträger berücksichtigt werden. Eltern mit niedrigerem Bildungsniveau sollten persönlich, beispielsweise über Kindergärten oder ÄrztInnen auf Elternbildungsveranstaltungen aufmerksam gemacht werden.

Die Teilnahme von Vätern kann durch gezielte Angebote, die speziell auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten sind, erhöht werden. Väter sollten dazu konkret im Veranstaltungstitel oder gemeinsam mit ihrer Partnerin angesprochen werden, empfiehlt Doris Klepp. Vater-Kind-Gruppen am Wochenende oder Angebote am Arbeitsplatz würden besser in den Zeitplan von Vätern passen. Elternbildung am Arbeitsplatz kommt generell den Bedürfnissen erwerbstätiger Eltern entgegen. | **Christina Luef**

INFO

Mag. Doris Klepp, Psychologin am Österreichischen Institut für Familienforschung der Universität Wien
Tel: +43-1-5351454-28
E-Mail: doris.klepp@oif.ac.at

Wer betreut Deutschlands Kinder?

Eine aktuelle Studie des Deutschen Jugendinstituts gibt einen Einblick in den Betreuungsalltag von Familien

Für Kinder ab vier Jahren ist der Besuch einer Kindertageseinrichtung der Normalfall. Anders stellt sich die Situation für die Jüngsten dar: Obwohl die außerhäusliche Betreuung von Kleinkindern für Eltern längst kein Tabu mehr ist und schon nach dem ersten Lebensjahr von vielen gewünscht wird, lässt sich dieser Wunsch nur selten realisieren. Auch was die Bedarfsgerechtigkeit der Betreuungsangebote - etwa mit Blick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf - angeht, liegt vieles im Argen: "Mittagslücken" und fehlende Betreuung zu Randzeiten erschweren erwerbstätigen Eltern das Leben oder wirken als Hemmschuh bei der Arbeitssuche. Zu diesen Ergebnissen kommt die soeben als Buch veröffentlichte Kinderbetreuungsstudie des Deutschen Jugendinstituts unter der Leitung des Soziologen Walter Bien. Grundlage ist eine repräsentative Elternbefragung, die bei etwa 8.000 bundesdeutschen Privathaushalten mit Kindern unter sieben Jahren durchgeführt wurde.

Auf die Kindertagesbetreuung konzentrieren sich gegenwärtig erhebliche Erwartungen. Sie wird nicht nur als ein Schlüssel zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie gesehen, sondern soll auch helfen, die Lernfreude bei Kindern zu wecken und herkunftsbedingte Benachteiligungen auszugleichen. Diesen Erwartungen stand bislang allerdings wenig fundiertes Wissen gegenüber, was die reale Betreuungssituation von Kindern angeht: Wie wachsen Kinder heute auf? Wie organisieren Familien ihren Alltag? Und schließlich: wie bedarfsgerecht ist die öffentliche Unterstützung? Die Kinderbetreuungsstudie liefert detaillierte Antworten auf diese

Fragen. Sie trägt dazu bei, bislang nur "gefühlte" Defizite der Kindertagesbetreuung in Deutschland empirisch zu belegen, kommt aber auch zu einigen überraschenden Ergebnissen.

Kinder mit Migrationshintergrund sind in Kindergärten gut repräsentiert

So kann zunächst gezeigt werden, dass infolge der Einführung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz sich die Betreuungssituation von

Kindern ab dem Alter von vier Jahren deutlich verbessert hat. Lediglich etwa 10 % der 4- bis 6-jährigen besuchen keinen Kindergarten. Bei den Dreijährigen erhöht sich dieser Anteil in Westdeutschland allerdings auf ein Viertel; dies könnte auf weiterhin bestehende regionale Engpässe bei Kindergartenplätzen hindeuten. Bemerkenswert ist, dass Kinder mit Migrationshintergrund kaum seltener eine Kindertageseinrichtung besuchen als deutsche Kinder: Die, die nicht hingehen, kommen unabhängig von der ethnischen Herkunft meist aus bildungsfernen Familien. Damit bestätigt sich einerseits, dass gerade jene Kinder vom Kindergarten nicht erreicht werden, für die er besonders wichtig wäre; andererseits aber wird das Vorurteil widerlegt, Kinder mit Migrationshintergrund wären insgesamt schlecht in den Kindergarten integriert.

Betreuungslücken bestehen bei den unter 3-jährigen

Problematischer sieht es für den Altersbereich der 1- bis 3-jährigen Kinder aus. Bundesweit werden weniger als 10 % aller Kinder unter drei Jahren in einer Kindertageseinrichtung betreut. Dabei wünschen sich Eltern bereits deutlich früher und deutlich häufiger eine öffentliche Betreuung ihrer Kinder: 31 % der befragten Eltern würden gerne bereits nach dem ersten Lebensjahr einen Betreuungsplatz in Anspruch nehmen, nach dem zweiten Lebensjahr sogar 60 %. Ein Ausbau ist somit dringend geboten. Besonders Kinder mit Migrationshintergrund könnten von einem erweiterten Angebot profitieren: Denn um das natürliche Erlernen der deutschen Sprache zu fördern, sollte die öffentliche Betreuung so früh wie möglich einsetzen.

Jedoch nicht nur im Hinblick auf eine frühe Förderung ist die Betreuungslücke bei den unter Dreijährigen problematisch. Gerade berufstätige Eltern werden bisher mit der Aufgabe der Kinderbetreuung weitgehend alleine gelassen. So zeigt sich, dass selbst in Familien, in denen beide Eltern voll erwerbstätig sind, nur jedes fünfte Kind unter drei Jahren in einer Einrichtung betreut wird. Umgekehrt heißt das, dass 80 % dieser Eltern nach Alternativen zu einer institutionellen Betreuung suchen müssen. Auch berufstätige Alleinerziehende stehen trotz Priorität bei der Platzvergabe kaum besser da; unter ihnen sind 70 % auf andere Betreuungslösungen angewiesen. In den ostdeutschen Bundesländern ist die Situation deutlich günstiger; dort werden immerhin rund 40 % der unter Dreijährigen öffentlich betreut.

Ohne familiäre Netze geht es nicht

Wo öffentliche Angebote fehlen, müssen vor allem die Großeltern einspringen. Ein Drittel aller Kinder wird heute von den Großeltern mitbetreut. Sie sind bei den unter 3-jährigen nach wie vor die wichtigste Betreuungsressource neben den Eltern. Bei Kindern im Kindergartenalter rangieren sie in der Bedeutung zwar hinter der Kindertageseinrichtung, stellen aber - neben Nachbarn, Bekannten oder Tagesmüttern - häufig eine wichtige "Flexibilitätsreserve" dar: etwa, wenn die Öffnungszeiten der Einrichtungen zu kurz sind oder diese über Mittag schließen.



Die DJI-Kinderbetreuungsstudie liefert empirische Daten zu bislang mitunter unbelegten Meinungen oder "gefühlten" Zuständen zur Betreuungssituation in Deutschland.

Ein zentraler Befund der Studie ist, dass dort, wo das öffentliche Betreuungsangebot lückenhaft ist, vor allem Familien mit geringen Ressourcen herausfallen. So finden sich nicht nur in den Kinderkrippen für unter Dreijährige mittlerweile eher Kinder aus besser gestellten Familien; auch Tagesmütter und andere bezahlte Helfer sind eine Betreuungsform, die sich nur betuchte Familien leisten können.

Interessant ist, dass weniger privilegierte Familien dafür keineswegs öfter auf familiäre oder nachbarschaftliche Hilfe zurückgreifen. Genau das Umgekehrte ist der Fall: Besser gestellte Familien erhalten zugleich auch häufiger Unterstützung bei der Kinderbetreuung aus ihrem familialen und sozialen Umfeld. In Familien in den unteren Schichten ist demgegenüber die Kinderbetreuung häufiger ausschließlich Sache der Eltern.

Vereinbarkeit bleibt für viele ein Wunschtraum

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist für viele Eltern nach wie vor schwierig zu realisieren. Gut zwei Drittel der Familien mit Kindern unter drei Jahren teilen sich die Arbeit "klassisch" auf: Der Vater ist erwerbstätig, die Mutter bleibt zumindest vorübergehend zuhause und kümmert sich um die Kinder. Nicht immer ist dieses Modell freiwillig gewählt. In der Kinderbetreuungsstudie gibt die Mehrheit der nicht erwerbstätigen Mütter an, gerne wieder eine Erwerbstätigkeit aufnehmen zu wollen.

Allerdings lässt sich dieser Wunsch eher für Frauen realisieren, die einen hohen Bildungsabschluss haben und in der Regel entsprechend gut verdienen. Aber auch das Betreuungsangebot hat hierauf einen Einfluss: Wo die öffentlichen Betreuungsmöglichkeiten gut ausgebaut sind, sind auch Mütter mit geringerer Bildung und geringeren Einkommenschancen häufiger erwerbstätig. | **Walter Bien, Birgit Riedel**

INFO

Literatur: Walter Bien, Thomas Rauschenbach, Birgit Riedel (Hrsg.): Wer betreut Deutschlands Kinder? DJI-Kinderbetreuungsstudie. Weinheim: Beltz Verlag 2006. ISBN 3-407-56310-1

Kontakt: Dr. Walter Bien
Deutsches Jugendinstitut (DJI), München
E-Mail: bien@dji.de

Der Geschlechterskandal

Der Soziologe Walter Hollstein über die gleichstellungspolitische Gerechtigkeitslücke zwischen Frauen und Männern in der Schweiz

Die Alarmglocken schrillen: Seit drei Jahren tötet in der Schweiz im Durchschnitt alle drei Wochen ein Mann seine Lebensgefährtin oder seine ganze Familie und anschließend sich selbst. Seit ebenfalls drei Jahren mehren sich in dramatischem Ausmaß Vergewaltigungen und Vergewaltigungsversuche von minderjährigen Buben an kleinen Mädchen. Solche schrecklichen Ereignisse bewegen jeweils die Öffentlichkeit für ein paar Tage; dann geraten sie wieder in Vergessenheit. Die zunehmende Häufigkeit der Taten hat bisher in der Schweiz weder zu einer politischen Reflexion noch zu konkreten Maßnahmen geführt. Sehenden Auges wird der nächste Mord, die nächste Vergewaltigung erwartet.



Verschlechterte Lebensbedingungen

Dabei sind die genannten Monstrositäten nur die Spitze des Eisbergs. Seit mindestens zwei Jahrzehnten verschlechtern sich die Lebensbedingungen von Männern und Buben signifikant. (...) In Erziehung, Bildung und Gesundheit beispielsweise werden Jungen und Männer eindeutig benachteiligt; inzwischen verlieren auch mehr Männer ihren Arbeitsplatz als Frauen. Wurde einst die höhere Arbeitslosigkeit von Frauen als gesamtgesellschaftliches Skandalon bezeichnet, wird nun die höhere Arbeitslosigkeit von Männern als Selbstverständlichkeit genommen; sie ist jedenfalls für die Geschlechterpolitik in der Schweiz kein Thema. (...)

Realitäten und Clichés

Eine feministische Kritik an der prinzipiellen Unterprivilegierung der Frauen und der Überprivilegierung der Männer stimmt so nicht mehr. (...) Richtig ist, von einer männlichen Hegemonie im Sinne einer partiellen Vorherrschaft von Männern zu sprechen. Männer besetzen noch immer die meisten Machtpositionen in Wirtschaft, Politik, Kultur, Verwaltung, Kirche und Freizeitindustrie.

Obwohl die weibliche Erwerbsquote nach wie vor steigt, liegt sie noch immer unter der der Männer. Auch das weibliche Arbeitsvolumen ist geringer als das männliche. Dementsprechend niedriger fällt gesamtgesellschaftlich das weibliche Einkommen im Vergleich zum männlichen aus. Ein entscheidender Grund dafür ist die ungelöste Problematik der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. In der Schweiz gilt es noch immer als Aufgabe der Frauen, die unterschiedlichen Lebenswelten von Familie und Erwerbstätigkeit zusammenzubringen. Dass Männer als Väter hier ebenso sehr gefordert wären, kommt nicht in den Blick. Damit sind Frauen doppelt belastet, was ihre berufliche Energie bindet und ihre Aufstiegschancen reduziert.

Umgekehrt fördert dieses traditionelle Arrangement nach wie vor die Erwerbskarriere von Männern, die sich auf den emotionalen und reproduktiven Rückhalt ihrer Frauen und Familien verlassen können. Hier wäre endlich ein Perspektivenwechsel gefordert, der die Männer in die Vereinbarkeitsfrage ebenso sehr einbezieht wie die Frauen, und zum zweiten wäre die Familienpolitik aufgerufen, die traditionelle Arbeitsteilung der Geschlechter einmal grundsätzlich zu überdenken.

Die Probleme von Frauen und Mädchen zu diskutieren, ist seit der Frauenbewegung "Mainstream", die Probleme von Buben und Männern bleiben im gesellschaftlichen Diskurs der Schweiz peripher. (...) So berechtigt die Kritik an männlicher Usurpation von Macht und Status selbstverständlich ist, so verzerrt ist sie auch, wenn nicht zwischen Männern, männlichen Milieus und männlicher Schichtzugehörigkeit differenziert wird. (...)

Männlichkeit als soziales Problem

Armut, Krankheit, Süchte, Gewalttätigkeit, Vandalismus, sozialer Abstieg und gesellschaftliche Perspektivlosigkeit nehmen bei Buben und Männern dramatisch zu. (...) Trotz dieser drastischen Augenscheinlichkeit werden diese geschlechtsspezifischen Tatbestände bisher praktisch nicht zur Kenntnis genommen. Dementsprechend ignoriert man auch die Notwendigkeit von Prävention. Dabei belasten die genannten Delikte zunehmend die öffentlichen Haushalte. Pionierstudien aus Holland und der Schweiz beziffern allein häusliche Gewalt auf Jahresausgaben von einigen Hundert Millionen der jeweiligen Landeswährung. Bezieht man die anderen Deliktformen ein und versteht man Männergewalt als Fremd- und Selbstschädigung wird man einen Milliardenbetrag in Rechnung stellen müssen; denn die meisten der bezeichneten kriminellen Handlungen bedingen die Leistungen vielfältiger sozialer Dienste wie Polizei, Gerichte, Verwaltungen, Spitäler, Sozialarbeit und Therapie.



Im Gegensatz zu einer stark veränderten Sozialisation für Mädchen ist die Sozialisation von Buben weithin traditionell geblieben. Frühzeitig wird der Junge in ein gesellschaftliches Korsett von Männlichkeit gepresst. (...) Identitätsstiftende und tragende Qualitäten wie Introspektion, Empathie und Soziabilität werden in der männlichen Sozialisation nach wie vor vernachlässigt.

Umgekehrt erleben Jungen die Erziehungseinrichtungen mit all den Lehrerinnen, Erzieherinnen, Psychologinnen und Sozialarbeiterinnen als Fortsetzung der häuslichen Mutter-Dominanz. In Kindergärten, Horten, Ganztageeinrichtungen, Schulen und Beratungsinstanzen stoßen sie ständig an weibliche Verhaltensmuster und Grenzsetzungen. In ihrer Motorik und Renitenz drücken sie dann häufig ihren Widerstand gegen die Erziehungseinrichtungen als weibliche Bastionen aus. Dieser Widerstand wurde insonderheit auf feministischer

Seite nie verstanden und fälschlicherweise als männliches Dominanzverhalten ausgelegt.

Gleichstellungspolitik als Frauenförderung

Niemand wird den vielfältigen frauenpolitischen Initiativen oder der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen vorwerfen wollen, dass sie sich nicht um die Belange von Buben und Männern kümmern. Allerdings muss kritisiert werden, dass die Politik in der Schweiz hartnäckig die Bedürfnisse von Buben und Männern ignoriert. Das verletzt im tiefsten ebenso die Prinzipien demokratischer Gleichbehandlung wie das die Praxis schweizerischer Gleichstellung tut. Gleichstellungsarbeit und sogar das neue Instrument des "gender mainstreaming" werden als Frauenpolitik verstanden und dementsprechend einseitig umgesetzt. Aktionen, Beratung, Förderprogramme und Publikationen sind exklusiv auf Frauen und Mädchen ausgerichtet. In vielen Dokumenten wird daraus auch kein Hehl gemacht; so postuliert das "Eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann", dass es sich auch international "für die Rechte der Frauen" einsetzt. Wird solche Einseitigkeit kritisiert, verweisen die Leiterinnen der Gleichstellungsbüros (allesamt Frauen) auf ihre wenigen Väterbroschüren und -programme. Auch das ist eine eingeschränkte Frauenwahrnehmung. Männer sind zunächst einmal Männer und dann - möglicherweise - irgendwann auch Väter. Sie wollen nicht nur ihre Bedürfnisse als Väter - und das dann nicht einzig in einer Entlastungsperspektive für Frauen - wahrgenommen und verfolgt haben, sondern auch ihre Bedürfnisse als Männer. Selbiges fällt aber gänzlich aus der Arbeit der Gleichstellungsbüros. Das ist letztendlich eine sexistische Sichtweise.



Die ungestellte Männerfrage erweist sich mehr und mehr als Bremsklotz der gesellschaftlichen und geschlechterpolitischen Entwicklung. Wenn sich auf Männerseite zu wenig bewegt, können sich auch die Frauen nicht wirklich emanzipieren.

Auch diese Verbindung von Frauenfrage und Männerfrage ist bis anhin zu wenig reflektiert worden. Männern müsste auch staatspolitisch der Gewinn einer veränderten Lebenseinstellung zu sich selber, zu Arbeit und Familie konstruktiv verdeutlicht werden. In diesem Zusammenhang merkt die amerikanische Feministin Susan Faludi an, dass man den Männern Wege weisen muss, die sie beschreiten können, so wie der Staat das gegenüber den Frauen seit den siebziger Jahren getan hat.

In anderen Ländern - wie zum Beispiel in Skandinavien - ist das seit langem Realität. Erfolge sind, dass in Schweden mehr als zwanzig Prozent der Männer die Erziehungsjahre nehmen und damit ihren Frauen die Berufskarriere ermöglichen; dass in Dänemark die Verteilung der Hausarbeit zwischen den Geschlechtern praktisch egalitär ist; dass in allen skandinavischen Staaten der Schulerfolg der Geschlechter gleich ist; dass die Quote der Frauen in der Politik der Männer entspricht.

Dementsprechend wird in den skandinavischen Staaten seit mehr als zwanzig Jahren eine Gleichstellungspolitik gemacht, die sich auch so nennen darf, weil sie beide Geschlechter einbezieht, fördert und unterstützt. Diese Praxis soll nun - unter der finnischen Ratspräsidentschaft - für alle Länder der Europäischen Union verbindlich gemacht werden. Zu diesem Behuf findet im kommenden Oktober in Helsinki die EU-Konferenz

"Men and Gender Equality" (Männer und Geschlechtergerechtigkeit) statt. Ziel ist, nötige Projekte für Buben und Männer ebenso zu fördern wie für Mädchen und Frauen. Auch unter dieser Prämisse wird sich die Schweiz ihre bisherige Geschlechterpolitik als einseitige Frauenpolitik überlegen müssen. | **Walter Hollstein**

Der in der Neuen Zürcher Zeitung erschienene Artikel wurde für "beziehungsweise" leicht gekürzt.

INFO

Prof. Dr. Walter Hollstein, Institut für Geschlechter- und Generationenforschung an der Universität Bremen
Tel: +49-30-8171914
E-Mail: walter.hollstein@t-online.de
<http://www.walter-hollstein.de/>

S · E · R · V · I · C · E

BUCH

Regionale Bevölkerungsentwicklungen

Der Geburtenrückgang ist ein europaweit feststellbares Phänomen. Dennoch sind die Entwicklungen in verschiedenen Regionen des Kontinents in Vergangenheit und Gegenwart sehr unterschiedlich verlaufen. Damit sind auch die Auswirkungen des Geburtenrückganges unterschiedlich spürbar und wahrnehmbar. Dieser Sammelband bietet, ausgehend von einer Fallstudie über Sachsen-Anhalt, eine interdisziplinäre Darstellung der regionalen Bevölkerungsentwicklung in Ostdeutschland. Ergänzend dazu werden in verschiedenen Beiträgen die Entwicklungen für verschiedene Regionen in Deutschland, Italien, Irland, Finnland und Portugal aufgezeigt. Das Buch eröffnet neue Blickwinkel auf regionale Entwicklungsdisparitäten, ihre Einflussfaktoren und die Folgen.

LITERATUR:

Christiane Dienel (Hrsg.): **Abwanderung, Geburtenrückgang und regionale Entwicklung. Ursachen und Folgen des Bevölkerungsrückgangs in Ostdeutschland.** Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften 2005. ISBN 3-531-14726-9

BUCH

"Scheidung kompakt"

Auch Ehen ohne Trauschein enden oft im Rosenkrieg. Wer zusammen zieht, sollte Zahlungen, Wohnungsfragen und Ähnliches von vornherein sinnvoll regeln, empfiehlt die Rechtsanwältin Dr. Ursula Xell-Skreiner. In der 2. Auflage des Trennungsratgebers "Scheidung kompakt" wird nicht nur über die Scheidung und ihre Folgen informiert, sondern auch über die Trennungssituation nichtehelicher Lebensgemeinschaften. Das Buch wendet sich sowohl an Frauen als auch an Männer in einer Trennungs- bzw. familiären Konfliktsituation und bietet so umfassende Beratung für beide Geschlechter.

LITERATUR:

Astrid Deixler-Hübner, Ursula Xell-Skreiner: **Scheidung kompakt. Ein Trennungsratgeber für Frauen und Männer.** 2. Auflage. Wien: LexisNexis ARD ORAC 2006. ISBN 3-7007-3441-7

S · E · R · V · I · C · E

INFO

Familienpolitik 2010

Das familienpolitische Förderungsprogramm des Katholischen Familienverbandes

Der Katholische Familienverband hat als größte Familienorganisation Österreichs ein familienpolitisches Förderungsprogramm für die nächste Legislaturperiode zusammengestellt. Zu den vier Bereichen materielle Unterstützung von Familien, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, ideelle Unterstützung von Familien und Schule wird eine Reihe konkreter Forderungen aufgelistet; etwa: Valorisierung der Familienleistungen, Pflegezeiten pensionsbegründend anerkennen, arbeitsfreien Sonntag beibehalten oder Klassenschülerhöchstzahlen senken. Ziel der Broschüre ist es, den politisch Verantwortlichen Ideen und Vorschläge für eine zukunftsorientierte Familienpolitik zu liefern.

INFO:

Bestellung der Broschüre: Katholischer Familienverband, Tel: +43-1-51552-3201 oder E-Mail: info@familie.at. Die Broschüre ist gegen Portoersatz kostenlos.

INFO

Erziehungshilfe via Radio

Jeden Dienstag können sich Eltern und Großeltern auf Radio NÖ über Erziehungsfragen austauschen und sich Ratschläge holen. Mit dem "Radio NÖ-Familienrat" soll eine Alternative zu "Supernanny" oder Elternschule geboten werden. Der Familienrat funktioniert folgendermaßen: In "Guten Morgen Niederösterreich" wird nach 7 Uhr das jeweilige Thema aufbereitet, die Hörerinnen und Hörer werden dann um ihre eigenen Erfahrungen und Tipps gebeten. Im "Radiocafé" folgen nach 15.30 Uhr die besten Hinweise aus Hörer-Kreisen. Ab 16 Uhr sind dann erfahrene PädagogInnen, TherapeutInnen und FamilienberaterInnen zu Gast im Studio; sie beantworten danach auch persönliche Anfragen am Hörer-Telefon.

INFO:

<http://noe.orf.at>

INFO

Modernes Lehrlingsprojekt im Ländle

"Lehrjahre sind keine Herrenjahre", sagt schon ein altes Sprichwort. Dem Abbruch der Lehre gegenzusteuern beziehungsweise die Wiederaufnahme von Lehrverhältnissen zu fördern, hat sich das Projekt Lehrlingscoaching des Vorarlberger Instituts für Sozialdienste (IFS) zum Ziel gesetzt. Ausgebildete IFS-BeraterInnen bieten dabei Lehrlingen mit Problemen am Arbeitsplatz, in der Berufsschule oder in ihrem persönlichen Umfeld individuelle Beratung und Begleitung. Außerdem stehen sie den Lehrlingen bei einer beruflichen Neuorientierung, beim Lernen während des Berufsschuljahres und bei der Lehrabschlussprüfung gerne zur Seite. Auch hilfesuchende Eltern, BerufsschullehrerInnen und Ausbildungsbetriebe können sich an das IFS-Lehrlingscoaching wenden. Alle Aktivitäten stehen unter dem Motto "Prävention ist besser als Reaktion". Gemeinsame Finanziers des Projekts sind das Arbeitsmarktservice und das Land Vorarlberg. Für Lehrlinge ist die Beratung kostenlos.

INFO:

<http://www.ifs.at/>

IMPRESSUM

Medieninhaber: Österreichisches Institut für Familienforschung - Universität Wien
1010 Wien | Gonzagagasse 19/8 | www.oif.ac.at

Hrsg: Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Mazal

Chefredaktion: Mag. Christina Luef | Freie Mitarbeit: Martin Gradl

Fotos: S. 1: Mag. Doris Klepp, S. 4: Beltz Verlag

KONTAKT: christina.luef@oif.ac.at | Tel: +43-1-5351454-21

DVR: 0065528

Österreichische Post AG / Sponsoring: Post Verlagspostamt: 1010 Wien

Zulassungsnr. 02Z031820S

Gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz

